

Prüfungsnummer

Fach-Nr.

**18**

Vor- und Familienname

## Industrie- und Handelskammer

### Abschlussprüfung bzw. Abschlussprüfung Teil 2

**Elektrotechnische Berufe  
Elektroniker/-in für  
Maschinen- und Antriebstechnik  
Mechatroniker/-in  
Technische Produktdesigner/-innen  
Technische Systemplaner/-innen  
und andere Berufe**

Berufs-Nr.

**9907**

### Wirtschafts- und Sozialkunde

**Winter 2014/15**

W14 9907 K10

**IHK**

PAL - Prüfungsaufgaben- und  
Lehrmittelentwicklungsstelle  
IHK Region Stuttgart

© 2014, IHK Region Stuttgart, alle Rechte vorbehalten

Vorgabezeit: Insgesamt 60 min

Hilfsmittel: keine

## Sehr geehrter Prüfling!

Bevor Sie mit der Bearbeitung der Aufgaben beginnen, lesen Sie bitte **sorgfältig** die folgenden Hinweise!

### 1 Allgemeines

Der Aufgabensatz für **Wirtschafts- und Sozialkunde** besteht aus:

- 18 gebundenen Aufgaben (also mit vorgegebenen Auswahlantworten)
- 6 ungebundenen Aufgaben (die Sie mit Ihren eigenen Worten beantworten müssen)
- Anlage(n): 1 Blatt im Format A4
- Markierungsbogen (blau)

Tragen Sie bitte vor Beginn der Bearbeitung der Aufgaben auf der Titelseite **dieses Hefts** ein:

- Die Ihnen mit der Einladung zur Prüfung mitgeteilte Prüfungsnummer
- Ihren Vor- und Familiennamen

Sie können die Aufgaben in beliebiger Reihenfolge bearbeiten.

Für die Ermittlung Ihrer Prüfungsleistungen werden der blaue Markierungsbogen und das Aufgabenheft gegebenenfalls mit Anlage(n) zugrunde gelegt.

Am Ende der Vorgabezeit von 60 min müssen Sie alle Dokumente der Prüfungsaufsicht übergeben.

### 2 Hinweise

Tragen Sie bitte vor Beginn der Bearbeitung der Aufgaben in den Kopf des **blauen Markierungsbogens** ein:

- Prüfungsart und Prüfungstermin
- Falls bekannt, die Nummer Ihrer Industrie- und Handelskammer (nicht unbedingt erforderlich)
- Die Ihnen mit der Einladung zur Prüfung mitgeteilte Prüfungsnummer
- Die auf der Titelseite dieses Aufgabenhefts aufgedruckte Berufsnummer
- Ihren Vor- und Familiennamen und den Ausbildungsbetrieb
- Ihren Ausbildungsberuf
- Prüfungsfach bzw. Prüfungsbereich „Wirtschafts- und Sozialkunde“
- Projekt-Nr. „01“

Sind diese Angaben bereits eingedruckt, prüfen Sie diese auf Richtigkeit.

Prüfen Sie danach, ob dieses Heft 18 gebundene und 6 ungebundene Aufgaben und die Anlage enthält. Informieren Sie bei Unstimmigkeiten **sofort** die Prüfungsaufsicht! **Reklamationen nach dem Schluss der Prüfung werden nicht anerkannt!**

**Von den vorgegebenen 18 gebundenen Aufgaben müssen Sie nur 15 bearbeiten. Sie müssen sich also entscheiden, welche 3 Aufgaben Sie nicht lösen wollen.**

Die abgewählten Aufgaben müssen Sie im Markierungsbogen so durchstreichen, wie es das Beispiel auf Seite 3 zeigt. Wenn Sie keine Aufgaben durchstreichen, werden die letzten 3 gebundenen Aufgaben nicht gewertet.

**Von den vorgegebenen 6 ungebundenen Aufgaben müssen Sie nur 5 bearbeiten. Sie müssen sich also entscheiden, welche Aufgabe Sie nicht lösen wollen.**

Die abgewählte Aufgabe müssen Sie im Aufgabensatz durchstreichen. Wenn Sie keine Aufgabe streichen, wird die letzte ungebundene Aufgabe nicht gewertet.

Bei den gebundenen Aufgaben in diesem Heft ist jeweils nur **eine** der fünf Auswahlantworten richtig. Sie dürfen deshalb nur **eine** ankreuzen. Kreuzen Sie mehr als eine an, gilt die Aufgabe als **nicht** gelöst!

Lesen Sie die Aufgabenstellung und die Auswahlantworten sorgfältig durch. Kreuzen Sie erst dann im Markierungsbogen die Ihrer Meinung nach richtige Auswahlantwort an.

**Zum Ankreuzen im Markierungsbogen müssen Sie unbedingt einen Kugelschreiber verwenden**, damit Ihre Kreuze eindeutig erkennbar sind, **auch auf dem Durchschlag**.

Sollten Sie versehentlich ein Kreuz in ein falsches Feld gesetzt haben, machen Sie dieses unkenntlich und setzen Sie ein neues Kreuz an die richtige Stelle, wie es das nebenstehende Beispiel zeigt.

Die ungebundenen Aufgaben sind im Aufgabenheft mit den Nummern U1 bis U6 bezeichnet.

Beantworten Sie die Fragen – wo immer möglich – mit kurzen Sätzen.

1	2	3	4
1	1	1	1
2	2	2	2
3	3	3	3
4	4	4	4
5	5	5	5
11	12	13	14

## Ihre Industrie- und Handelskammer wünscht Ihnen viel Erfolg!

Dieser Prüfungsaufgabensatz wurde von einem überregionalen nach § 40 Abs. 2 BBiG zusammengesetzten Ausschuss beschlossen. Er wurde für die Prüfungsabwicklung und -abnahme im Rahmen der Ausbildungsprüfungen entwickelt. Weder der Prüfungsaufgabensatz noch darauf basierende Produkte sind für den freien Wirtschaftsverkehr bestimmt.



Zertifizierte Qualität bei der  
Prüfungsaufgaben-Erstellung

W14 9907 K10

Muster eines bearbeiteten Markierungsbogens

**Markierungsbogen**

Prüfungsart und -termin

Vor- und Familienname und Ausbildungsbetrieb

Ausbildungsberuf

Prüfungsfach/-bereich

Kammer-Nr.

Prüfungsnummer

Berufs-Nr.

Prüfungsjahr

156 160

**Bitte die Arbeitshinweise im Aufgabenheft beachten!**

**Wird vom Prüfungsausschuss ausgefüllt!**

Erreichte Punkte für den angegebenen Aufgaben (Bitte nur ganze Zahlen ohne Kommastellen rechtsbündig eintragen) bei abgewandelter Aufgabenstellung: bitte „A“ bewertete bearbeitete Aufgaben; „X“ unbewertet eintragen (Überbuchungsbereich)

U 1

U 2

U 3

U 4



In einer mitbestimmungspflichtigen Angelegenheit können sich Arbeitgeber und Betriebsrat *nicht* einigen. Wer entscheidet?

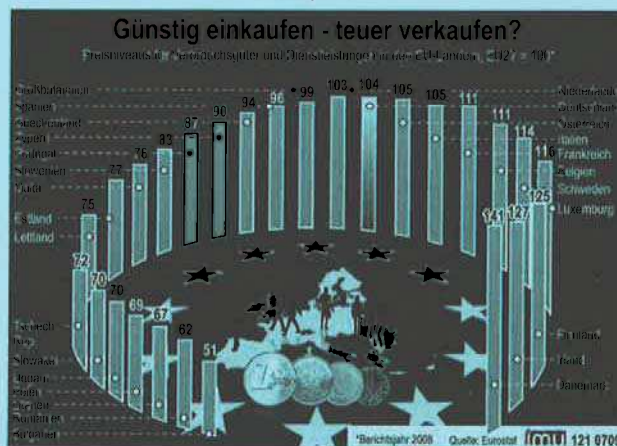
- 1 Der Arbeitgeberverband
- 2 Die Industrie- und Handelskammer
- 3 Die Bundesagentur für Arbeit
- 4 Die Einigungsstelle im Betrieb
- 5 Die Gewerkschaft

Welche Aussage entspricht den „Grundsätzen für die Zusammenarbeit“ im Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG)?

- 1 Arbeitgeber und Betriebsrat dürfen sich im Betrieb parteipolitisch betätigen.
- 2 Bei Meinungsverschiedenheiten haben Arbeitgeber und Betriebsrat zuerst das Arbeitsgericht und danach die Einigungsstelle einzuschalten.
- 3 Wenn sich Arbeitgeber und Betriebsrat nicht einigen, dann dürfen sie alle Mittel des Arbeitskampfes einsetzen.
- 4 Arbeitgeber und Betriebsrat müssen leitende Angestellte bevorzugen.
- 5 Arbeitgeber und Betriebsrat haben über strittige Fragen mit dem ernststen Willen zur Einigung zu verhandeln.

Während Europa auf politischer Ebene immer mehr zusammenwächst, ist die Gemeinschaft von einheitlichen Lebensbedingungen immer noch weit entfernt. Das zeigt eine Untersuchung des Statistischen Amts der Europäischen Union zum Niveau der Verbraucherpreise.

**Bewer-  
tung  
(10 bis 0  
Punkte)**



1. Vergleichen Sie das durchschnittliche Preisniveau in der Europäischen Union mit dem in Dänemark und Bulgarien. Was fällt Ihnen dabei auf?

### Aufgabenlösung:

2. In welchem Land entspricht das Preisniveau am ehesten dem EU-Durchschnitt?

### Aufgabenlösung:

3. Welche Güter gehören zu den Verbrauchsgütern und Dienstleistungen, deren Preise in die Grafik einfließen?  
Nennen Sie je zwei.

**Aufgabenlösung:**

Ergebnis  
U2

Punkte

4. Nennen Sie zwei Gründe, warum das Preisniveau in einem Land überdurchschnittlich hoch sein kann.

**Aufgabenlösung:**

Bitte die Punktezahl in das  
Feld U2 des blauen Markie-  
rungsbogens eintragen.

**3**

Ein Arbeitnehmer freut sich über eine Erhöhung seines Nettoarbeitsentgelts um 2,0 Prozent. Die Inflationsrate beträgt 3,0 Prozent. Welche Auswirkungen hat das auf seinen Reallohn?

- ① Der Reallohn steigt um 1,0 Prozent.
- ② Der Reallohn steigt um 2,0 Prozent.
- ③ Der Reallohn sinkt um 1,0 Prozent.
- ④ Der Reallohn sinkt um 2,0 Prozent.
- ⑤ Der Reallohn bleibt gleich.

**4**

Sie haben mit Ihrem Kollegen über das Thema Kaufkraft gesprochen und dabei fiel der Begriff „Inflation“. Was wird als Inflation bezeichnet?

- ① Ständige Steuererhöhungen
- ② Fortschreitender Preisverfall
- ③ Fortschreitende Geldentwertung
- ④ Hebung des Geldwerts
- ⑤ Steigerung der Staatsschulden

**5**

Mit welchem „Instrument“ wird die Kaufkraft des Geldes ermittelt?

- ① Einkaufskorb
- ② Warenkorb
- ③ Tragekorb
- ④ Warenverkehr
- ⑤ Warensendung

**6**

Welches Gesetz dient dem Verbraucherschutz?

- ① Bundesurlaubsgesetz (BUrlG)
- ② Produkthaftungsgesetz (ProdHaftG)
- ③ Aktiengesetz (AktG)
- ④ Mitbestimmungsgesetz (MitbestG)
- ⑤ Kündigungsschutzgesetz (KSchG)

# U3

Die Tabelle zeigt die Grundsätze einer Entgeltabrechnung. Ergänzen Sie die Tabelle.

Verwenden Sie dafür die folgenden Begriffe:

Sozialversicherungen, Zulage, Pflegeversicherung, Vermögenswirksame Leistungen des Arbeitnehmers, Gesetzliche Abzüge, Nettolohn, Lohnsteuer, Vermögenswirksame Leistung des Arbeitgebers, Solidaritätszuschlag, Bruttolohn

## Aufgabenlösung:

	<b>Grundlohn</b>		
+	Überstundenzuschlag		
+			
+			
=			
-			
-	Kirchensteuer		
-			
-	Krankenversicherung		
-	Rentenversicherung		
-	Arbeitslosenversicherung		
-			
=			
-			
=	<b>Ausbezahlter Lohn</b>		

Bewertung  
(10 bis 0 Punkte)

Ergebnis  
U3

Punkte

Bitte die Punktezahl in das Feld U3 des blauen Markierungsbogens eintragen.



## 7

In welcher Zeile der Tabelle ist der Beitrag zur gesetzlichen Sozialversicherung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer richtig aufgeteilt?

	Versicherung	Arbeitgeber	Arbeitnehmer
1	Krankenversicherung	70 %	30 %
2	Krankenversicherung	–	100 %
3	Rentenversicherung	–	100 %
4	Arbeitslosenversicherung	100 %	–
5	Unfallversicherung	100 %	–

## 8

Wonach richtet sich die Höhe des Beitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung bei pflichtversicherten Arbeitnehmern?

- 1 Nach der Höhe des Arbeitsentgelts
- 2 Nach der Höhe des Arbeitsentgelts und der Krankheitshäufigkeit
- 3 Nach dem Familienstand und der Anzahl der Familienmitglieder
- 4 Nach der Höhe des Arbeitsentgelts und der Anzahl der Familienangehörigen
- 5 Nach dem Lebensalter

## 9

Wonach richtet sich die Höhe des Beitrags, den ein Arbeitnehmer zur gesetzlichen Arbeitslosenversicherung zu zahlen hat?

- 1 Nach dem Arbeitsentgelt und der Anzahl der Familienangehörigen
- 2 Nach dem Arbeitsentgelt und der Anzahl der Beschäftigungsjahre
- 3 Nach dem Arbeitsentgelt und dem Versicherungsrisiko
- 4 Nach dem Arbeitsentgelt
- 5 Nach dem Versicherungsrisiko

## 10

Was versteht man unter Steuerprogression?

- 1 Unterhalb einer bestimmten Einkommensgrenze besteht Steuerfreiheit.
- 2 Der Steuersatz sinkt mit wachsendem Einkommen.
- 3 Der Steuersatz des zu versteuernden Einkommens ist immer gleich.
- 4 Der Steuersatz steigt mit zunehmendem Einkommen.
- 5 Der Steuersatz steigt von Jahr zu Jahr entsprechend der Inflationsrate.

Weiter nächste Seite!

# U4

Das Bild zeigt schematisch den Aufbau der Sozialgerichtsbarkeit.  
Ordnen Sie die Aussagen entsprechend zu.

Hinweise:

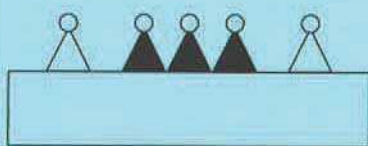
Einzelne Aussagen treffen mehrfach zu, d. h., sie können zum Beispiel der ersten Instanz, möglicherweise aber zusätzlich auch der Berufungs- bzw. Revisionsinstanz zugeordnet werden. Zwei Aussagen treffen *nicht* zu.

Aussagen:

- A Das Gericht ist sowohl mit ehrenamtlichen wie mit Berufsrichtern besetzt.
- B Die Klage wird beim Sozialgericht eingereicht.
- C Bei Streitfällen grundsätzlicher Art kann gegebenenfalls Revision beim Bundessozialgericht beantragt werden.
- D Gegen ein Urteil der 1. Instanz kann Berufung beim Landessozialgericht eingelegt werden.
- E Das Gericht ist zuständig für Streitfälle wegen Ansprüchen auf freiwillige soziale Leistungen des Arbeitgebers (z. B. Fahrkostenzuschuss).
- F Für Verfahren beim Bundessozialgericht muss man sich durch Prozessbevollmächtigte (z. B. Gewerkschaftssekretär/in) vertreten lassen.
- G Das Verfahren beim Sozialgericht (1. Instanz) ist deshalb gebührenfrei, weil dem Kläger ein kostenloser Pflichtverteidiger vom Gericht gestellt wird.
- H Das Gericht ist z. B. zuständig für Streitfälle wegen der Festsetzung von Arbeitslosengeld-Ansprüchen.

## Aufgabenlösung:

### Sozialgerichtsbarkeit



Lösung:

--	--	--	--

 (3)

--	--	--

 (2)

--	--	--

 (1)

Bewer-  
tung  
(10 bis 0  
Punkte)

Ergebnis  
U4

Punkte

Bitte die Punktezahl in das  
Feld U4 des blauen Markie-  
rungsbogens eintragen.



## 11

Wozu wurde die Sozialgerichtsbarkeit geschaffen?

- ① Zum Schutz des Staats vor ungerechtfertigten Ansprüchen der Bürger
- ② Zum Schutz der Sozialversicherten vor fehlerhaften Entscheidungen der Sozialversicherungen
- ③ Zum Schutz der Sozialversicherungen vor überhöhten Krankenhaus- und Arzneimittelkosten
- ④ Zum Schutz der Bürger vor einem Abbau von Sozialleistungen durch den Staat
- ⑤ Zum Schutz der Arbeitnehmer vor einem Abbau von betrieblichen Sozialleistungen

## 12

In der Sozialgerichtsbarkeit sind Berufsrichter und ehrenamtliche Richter tätig. Wie ist das Stimmrecht bei der Urteilsfindung geregelt?

- ① Stimmrecht haben nur die Berufsrichter.
- ② Berufsrichter und ehrenamtliche Richter besitzen das gleiche Stimmrecht.
- ③ Die Berufsrichter besitzen gegenüber den ehrenamtlichen Richtern stets die doppelte Anzahl der Stimmen.
- ④ Der Vorsitzende besitzt gegenüber allen anderen Richtern stets eine Stimme mehr.
- ⑤ Die ehrenamtlichen Richter haben nur in den Fällen Stimmrecht, in denen die Abstimmung unter den Berufsrichtern zur Stimmengleichheit führt.

## 13

Was ist *kein* Fall für das Sozialgericht?

- ① Streitigkeit zwischen einem Arbeitslosen und der Agentur für Arbeit um die Höhe des Arbeitslosengelds
- ② Streitigkeit zwischen einem Geschädigten und einer Kraftfahrzeugversicherung um die Bezahlung der Krankenhauskosten
- ③ Streitigkeit zwischen einem Arbeitnehmer und der Berufsgenossenschaft um die Höhe der Unfallrente
- ④ Streitigkeit zwischen einem Rentner und der Krankenkasse um die Erstattung der Kosten für Zahnersatz
- ⑤ Streitigkeit zwischen einem Rentner und der Deutschen Rentenversicherung über die Rentenhöhe

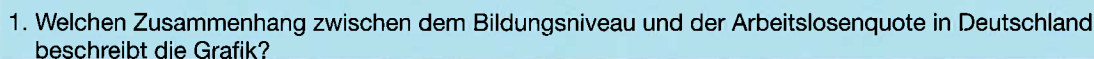
## 14

Welche Aussage über die Kosten bei einem Sozialgerichtsverfahren ist richtig?

- ① Die Gerichtskosten sind höher als bei einem Arbeitsgerichtsverfahren.
- ② Das Gericht entscheidet, wer die Gerichtskosten bezahlt.
- ③ Bei allen Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit werden von den Versicherten grundsätzlich keine Gerichtskosten erhoben.
- ④ In einem Sozialgerichtsverfahren entstehen keine Kosten.
- ⑤ Die außergerichtlichen Kosten muss in jedem Fall die beklagte Versicherung bezahlen.

**Weiter nächste Seite!**

Bewer-  
tung  
(10 bis 0  
Punkte)



**Aufgabenlösung:**

- Aufgabenlösung:**

- Aufgabenlösung:**

- Aufgabenlösung:**

Bitte die Punktezahl in das Feld U5 des blauen Markierungsbogens eintragen.



## 15

Die berufliche Weiterbildung wird auf verschiedene Weise gefördert. Welches der genannten Gesetze regelt die Grundlagen der Förderung?

- 1 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG)
- 2 Bundesurlaubsgesetz (BUrlG)
- 3 Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG)
- 4 Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)
- 5 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

## 16

Welcher Fall gehört in den Bereich der beruflichen Fortbildung im Sinne des Berufsbildungsgesetzes (BBiG)?

- 1 Frau Werner besucht nach dem Realschulabschluss die Berufsfachschule für elektrotechnische Assistentinnen.
- 2 Frau Schulz nimmt nach der Ausbildung zur Mechatronikerin an einem Fernlehrgang „Technisches Englisch“ teil.
- 3 Frau Wagner besucht bei der Volkshochschule einen Nähkurs.
- 4 Herr Müller studiert nach dem Abitur an der Fachhochschule Maschinenbau.
- 5 Herr Franz nimmt als Auszubildender in einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte an einem Lehrgang in der Kunststoffbearbeitung teil.

## U6

Niklas Timpel erhält einen Ausbildungsvertrag, der u. a. folgende Vereinbarung enthält:  
Für das Jahr 2014 gewährt der Ausbildende dem Auszubildenden 6 Arbeitstage Urlaub. Niklas Timpel ist am 30.09.1997 geboren. Der Ausbildungsvertrag beginnt am 01.09.2014. Im Ausbildungsbetrieb gilt die Fünftagewoche. Beantworten Sie die folgenden Fragen mithilfe des Gesetzesauszugs in der Anlage.

1. Welches Gesetz gilt? Begründen Sie Ihre Entscheidung.

**Aufgabenlösung:**

2. Wie viele **Werktage** Urlaub stünden ihm laut Gesetz zu, wenn er das **ganze** Jahr 2014 **gearbeitet** hätte?

**Aufgabenlösung:**

3. Wie viele Urlaubstage stehen ihm für 2014 tatsächlich zu? Berücksichtigen Sie den Unterschied zwischen **Werk-** und **Arbeitstagen** und **begründen** Sie Ihre Entscheidung.

**Aufgabenlösung:**

4. Ist die **Urlaubsregelung** im Ausbildungsvertrag korrekt?

**Aufgabenlösung:**

Bewer-  
tung  
(10 bis 0  
Punkte)

Ergebnis  
U6

Punkte

Bitte die Punktezahl in das  
Feld U6 des blauen Markie-  
rungsbogens eintragen.



## 17

Welche Aussage über den Berufsausbildungsvertrag ist richtig?

- 1 Er muss von der Agentur für Arbeit genehmigt werden.
- 2 Er muss vom Ausbildenden, vom Auszubildenden und vom Betriebsratsvorsitzenden unterschrieben werden.
- 3 Er muss schriftlich abgeschlossen werden.
- 4 Er muss spätestens mit der Anmeldung zur Zwischenprüfung bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) eingereicht werden.
- 5 Er muss innerhalb des ersten Ausbildungsjahres dem Auszubildenden ausgehändigt werden.

## 18

Was darf ein Berufsausbildungsvertrag *nicht* enthalten?

- 1 Eine Vereinbarung über das Ende der Berufsausbildung
- 2 Eine Verpflichtung, nach der Berufsausbildung im Betrieb zu bleiben
- 3 Eine Vereinbarung über die Führung des Ausbildungsnachweises
- 4 Eine Vereinbarung über die Dauer der täglichen Arbeitszeit
- 5 Eine Vereinbarung über die Höhe der Vergütung

**Markierungsbogen**

Prüfungsart und -termin

Vor- und Familienname und Ausbildungsbetrieb

Ausbildungsberuf

Prüfungsfach/-bereich

Kammer-Nr. Prüfungsnr. Berufs-Nr. +

Projekt-Nr.

**Bitte die Arbeitshinweise im Aufgabenheft beachten!**

**Wird vom Prüfungsausschuss ausgefüllt!**

Erreichte Punkte bei den ungebundenen Aufgaben (bitte nur ganze Zahlen ohne Kommastellen rechtsbündig eintragen!)

Bei abgewählter Aufgabe: bitte „A“ (nicht ausgewählt) oder „X“ (linksbündig eintragen (Größtschreibweise))

U 1 U 2

U 3 U 4

**Haben Sie in den Markierungsbogen:**

Ihre Prüfungsnr. eingetragen?

Die Berufsnummer eingetragen?  
(siehe Titelseite dieses Aufgabenhefts)

Diese Felder ausgefüllt bzw.  
eingedruckte Angaben auf Richtigkeit  
geprüft?

Drei Markierungsfelder durchgestrichen?

**Bei fehlenden Angaben kann der  
Markierungsbogen *nicht* ausgewertet  
werden.**

**Spätere Reklamationen können *nicht*  
berücksichtigt werden!**

Wird vom Prüfungsausschuss ausgefüllt.

Erreichte Punkte bei den  
ungebundenen Aufgaben

max. 50  
Punkte

Die Ergebnisse **U1** bis **U6** bitte in die  
dafür vorgesehenen Felder des **blauen**  
Markierungsbogens eintragen!

Datum

Prüfungsausschuss

**Wirtschafts- und Sozialkunde**

Anlage Blatt 1(1)

**Elektrotechnische Berufe**  
**Elektroniker/-in** für Maschinen- und  
Antriebstechnik  
**Mechatroniker/-in**  
**Technische Produktdesigner/-innen**  
**Technische Systemplaner/-innen**  
**und andere Berufe**

**Zu Aufgabe U6****Auszug aus dem Bundesurlaubsgesetz****§ 3 Dauer des Urlaubs**

(1) Der Urlaub beträgt jährlich mindestens 24 Werktage.

**Auszug aus dem Jugendarbeitsschutzgesetz****§ 19 Urlaub**

(1) Der Urlaub beträgt jährlich

1. mindestens 30 Werktage, wenn der Jugendliche zu Beginn des Kalenderjahres noch nicht 16 Jahre alt ist,
2. mindestens 27 Werktage, wenn der Jugendliche zu Beginn des Kalenderjahres noch nicht 17 Jahre alt ist,
3. mindestens 25 Werktage, wenn der Jugendliche zu Beginn des Kalenderjahres noch nicht 18 Jahre alt ist.

**Lösungsvorschläge:** W14 9907 L

**Abschlussprüfung bzw.**
**Abschlussprüfung Teil 2:** Winter 2014/15

**Ausbildungsberuf:**

 Elektrotechnische Berufe  
 Elektroniker/-in für Maschi-  
 nen und Antriebstechnik  
 Mechatroniker/-in

 Technische  
 Produktdesigner/-innen  
 Technische Systemplaner/-innen  
 und andere Berufe

## Wirtschafts- und Sozialkunde

### Lösungsvorschläge für die ungebundenen Aufgaben

#### U1

A – C – E – H – I

#### U2

1. Das durchschnittliche Preisniveau in der Europäischen Union (EU) ist ungefähr doppelt so hoch wie in Bulgarien, aber 41 Prozent niedriger als in Dänemark.
2. Großbritannien
3. Verbrauchsgüter: z. B. Lebensmittel, Alkohol und Tabak, Kleidung, Schuhe, Unterhaltungselektronik;  
 Dienstleistungen: z. B. Hotel- und Restaurantbesuche, Freizeit- und Kulturdienstleistungen
4. Hohe Mehrwertsteuer, hohe Alkoholsteuer, hohe Lebensmittelpreise wg. Abhängigkeit von Importen, hohe Arbeitskosten bei Dienstleistungen

#### U3

	<b>Grundlohn</b>	
+	Überstundenzuschlag	
+	Zulage*	
+	Vermögenswirksame Leistung des Arbeitgebers*	
=	<b>Bruttolohn</b>	
-	Lohnsteuer*	}
-	Kirchensteuer	
-	Solidaritätszuschlag*	}
-	Krankenversicherung	
-	Rentenversicherung	
-	Arbeitslosenversicherung	
-	Pflegeversicherung	}
=	<b>Nettolohn</b>	
-	Vermögenswirksame Leistung des Arbeitnehmers	
=	<b>Ausbezahlter Lohn</b>	

Sozialversicherungen

}

gesetzliche Abzüge

\*Die Reihenfolge innerhalb der Kategorie (Bruttolohn, Nettolohn) ist austauschbar.

#### U4

A C F H (3)

A D H (2)

A B H (1)



## U5

1. Je höher das Bildungsniveau, desto geringer ist das Risiko der Arbeitslosigkeit; je niedriger das Bildungsniveau, desto höher ist das Risiko von Arbeitslosigkeit
2. 10 Prozent. Oder: Die Arbeitslosenquote entspricht ungefähr der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit.
3. Die Tendenz entspricht in der EU der Situation in Deutschland; je höher das Bildungsniveau, desto geringer ist das Risiko der Arbeitslosigkeit; je niedriger das Bildungsniveau, desto höher ist das Risiko von Arbeitslosigkeit.
4. Z. B.: Besuch einer Fachschule, Besuch einer Meisterschule, Aufnahme eines entsprechenden Studiengangs.

## U6

1. Es gilt für ihn das Jugendarbeitsschutzgesetz, da Niklas Timpel zu Beginn des Kalenderjahres noch nicht 18 Jahre alt ist.
2. Bei vollem Urlaubsanspruch würden ihm 27 Werktage Urlaub zustehen.
3. Weil das Lehrverhältnis erst am 01.09.2014 beginnt, hat er nur für 4 Monate Urlaubsanspruch erworben.
  - 4 Monate sind  $\frac{4}{12}$  oder  $\frac{1}{3}$  vom Jahr. Deshalb stehen ihm nur  $\frac{1}{3}$  von 27 Werktagen zu, also 9 Werktage.
  - Da die Urlaubsangabe im Ausbildungsvertrag in Arbeitstagen erfolgt, muss dieser Urlaubsanspruch noch in Arbeitstage umgerechnet werden.
  - Umrechnung von Werktagen in Arbeitstage: Werktage dividiert durch 6, dann multipliziert mit 5.
  - 9 Werktage durch 6 mal 5 gleich 7,5 Arbeitstage
4. Weil Niklas Timpel Anspruch auf 7,5 Arbeitstage Urlaub hat, ist die Angabe von 6 Arbeitstagen im Ausbildungsvertrag nicht korrekt.

gebundene Aufgaben: 40 %  
ungebundene Aufgaben: 60 %